



Wertszeit des beruflichen Wissens hat abgenommen.

GETTY IMAGES

340 Bewerbungen für nichts

Die nationale Konferenz «Ältere Arbeitnehmer» von heute sucht nach Auswegen aus der Sackgasse. Denn wer die Altersgrenze von 50 Jahren überschritten hat und arbeitslos wird, hat es schwer, einen neuen Job zu erhalten. Sehr schwer wie eine Betroffene der «Nordwestschweiz» schreibt.

Die Arbeitslosigkeit bei über 50-Jährigen ist in der Schweiz stark gestiegen. «Nordwestschweiz»-Chefredaktor Patrik Müller überschrieb vor wenigen Tagen seinen Kommentar zum Thema mit «Gefährliche Verharmlosung». Dieser Kommentar hat einer Leserin aus dem Herzen gesprochen. Sie setzte sich umgehend hin und schrieb eine Antwort, die betroffen macht.

«Ich wurde letztes Jahr ausgesteuert. Das RAV war keine Hilfe, keine einzige Stelle konnte mir vom RAV angeboten werden, es ist eine reine Verwaltungsmaschinerie, einziges Ziel: nächster Termin mit immer denselben routinierten Fragen. Ich habe inzwischen über 340 Bewerbungen geschrieben, wohlgeachtet auf mein Profil passende Stellen angeschrieben im Umkreis von 50 km. Arbeiten ist mein Lebenselixier, und dies versiegt langsam.

Das Resultat: Kein einziges Vorstellungsgespräch, teils innert Stunden bereits absagen erhalten, wo meiner Meinung nach keine seriöse Durchsicht meiner Unterlagen stattgefunden haben kann. ICH WILL ARBEITEN und bekomme keine Chance und dabei sollte man arbeiten bis 65 Jahre oder tendenziell sogar noch länger, nur wo sind die Arbeitgeber dazu?

Die Voraussetzungen von Flexibilität, Sozialkompetenz etc. sind vorhanden, welche oft gefordert werden, jedoch zählt dies offenbar doch nicht. Ich bin in verschiedensten Job-Suchmaschinen registriert, bei verschiedenen Vermittlungsbüros und schreibe auch Blindbewerbungen. Nichts fruchtet.

Dass dann gewisse Gedanken im Kopf herumschwirren, kommt ganz von alleine. Wenn ich dazu irgendwo jemanden sagen höre, wenn man will, bekommt man in der Schweiz eine Stelle, dann könnte ich explodieren, weil es einfach nicht zutrifft.

Ich kann ohne lange zu überlegen Bekannte und Freunde aufzählen, die genau in derselben Situation stecken, und glauben Sie mir, da ist mehr als ein suizidgefährdeter Mensch dabei.

Fazit: Einsatz für die Arbeitgeber, ausrangiert, Abstellgleis ...

Aber gemäss Statistik haben wir ja kein Problem.»



«Ich empfehle Jenen, die ich berate, weniger Bewerbungen zu machen, in diese aber ihre ganze Energie zu investieren.»

Valentin Vogt
Arbeitgeberpräsident

würdigeren Auftritt als Economiesuisse» habe.

Glaubwürdigkeit aber droht Schaden zu nehmen, wenn man allzu häufig in die Minderheit verwiesen wird. Vogt fehle es an taktischem und politischem Gespür, kritisieren Gegner und Freunde hinter vorgehaltener Hand. Einen Grund dafür vermutet Gewerbeverbanddirektor Hans-Ulrich Bigler in der Adresse des Arbeitgeberverbands: Wie Economiesuisse an der Zürcher Hegibachstrasse beheimatet, agiere man zu weit weg von Bern. Das sei umso gravierender, als weder Vogt noch sein Direktor Roland Müller im Parlament sässen, sagt Bigler. «Nur hier bekämen sie rechtzeitig mit, wenn sich ein Geschäft nicht in ihrem Sinn entwickelt.»

Vogt, der als Verwaltungsratspräsident und Mitbesitzer des Maschinenbauunternehmens Burckhardt Compression agiert und den Verband unentgeltlich führt, winkt ab. «Ich bin gerne Unternehmer und habe neben dem Arbeitgeberpräsidium keine Zeit für ein politisches Mandat.» Es möge ein Nachteil sein, dass sein Verband in Bern nicht direkt vertreten sei. «Dafür erfahre ich aus nächster Nähe, was der Wirtschaft unter den Nägeln brennt.»

Aus der Steckdose soll kein Atomstrom mehr fließen

Strom Die Energiekommission stärkt die Wasserkraft mit einer Abnahmegarantie - und gibt dem Bundesrat mehr Macht

VON ANTONIO FUMAGALLI

Was die Energiekommission des Nationalrates (Urek) gestern Abend kommunizierte, hat es in sich: Herr und Frau Schweizer - also die sogenannten «gebundenen Kunden» - sollen künftig nur noch Strom aus Wasserkraft erhalten. Die Elektrizität aus Atomkraftwerken und ausländischer Produktion würde aus der Grundversorgung verbannt und damit auf dem freien Markt landen.

Die Kommission hat das Modell mit erstaunlicher Mehrheit befürwortet (17 zu 5 Stimmen bei einer Enthaltung). Sie sei überzeugt, dass «rasches gesetzgeberisches Handeln im Sinne einer Übergangslösung zur Stärkung der inländischen Produktion aus erneuerbaren Energien» notwendig ist, wie es in der Mitteilung heisst. Mit anderen Worten: Der Schweizer Wasserkraft wird - sofern die Räte dem Urek-Vorschlag folgen - mit einer Abnahmegarantie massiv unter die Arme gegriffen.

Der Bundesrat am Schalthebel

Hintergrund des parlamentarischen Aktivismus sind die finanziellen Nöte von Energiekonzernen wie Alpiq und Axpo. Einst auf profitablen Polstern gebettet, leiden diese seit Jahren unter tiefen Strompreisen. Sechs Stromkonzerne sind deshalb jüngst vorgeprescht und haben als Sofortmassnahme eine Grundversorgungsprämie in der Höhe von 1,6 bis 1,8 Rappen pro Kilowattstunde gefordert.

Geht es nach der Urek, gibt es die Prämie in dieser Form nun nicht. Die Strombarone dürften dennoch zufrieden sein, denn die Kommission will die Tarifgestaltung dem Bundesrat in die Hand geben. Sprich: Die Regierung soll definieren, wie hoch ein angemessener Strompreis für Haushalte und KMU ist. Es ist davon auszugehen, dass dieser über den Gestehtungskosten der Wasserkraft liegen wird - und die Hersteller also indirekt subventioniert werden.

Wie hoch der vom Bundesrat definierte Preis sein würde, steht naturgemäss noch nicht fest. Er könnte sich aber in jener Grössenordnung bewegen, die auch den Stromkonzernen vorschwebte. «Gut möglich, dass wir am

Schluss am gleichen Ort landen», sagt Kommissionspräsident Stefan Müller-Altermatt (CVP, SO).

«Schlicht und einfach unredlich»

Der Entscheid der Nationalratskommission ist vor dem Hintergrund eines ständerätlichen Beschlusses zu verstehen. Das Stöckli möchte den Elektrizitätsunternehmen nämlich erlauben, die Kosten der Eigenproduktion vollständig ihren gebundenen Kunden anzulasten. Mit anderen Worten: Den selber produzierten, teuren Strom könnten sie den Haushalten verkaufen, den importierten, billigeren und zumeist «dreckigeren» Strom im freien Markt den Grosskunden abtossen. «Das wäre eine Katastrophe, deshalb haben wir nun einen Schritt auf den Ständerat zu gemacht. So kriegen die Kunden für den Preis wenigstens sauberen Strom aus Wasserkraft», sagt Kommissionsvize Roger Nordmann (SP, VD). Um die (preislichen) Folgen des nun von der Urek propagierten Modells besser abschätzen zu können, sei aber noch eine Einschätzung vom Bundesamt für Energie notwendig, so Nordmann.

Aus ordnungspolitischer Sicht weht dem Entscheid der Kommission allerdings ein steifer Wind entgegen. «Damit wird einfach über die Hintertüre eine neue Subvention geschaffen - und erst noch ohne Ablaufdatum», sagt Nationalrat Christian Wasserfallen (FDP, BE). Bei den Subventionen für erneuerbare Energien im Rahmen der Energiestrategie 2050 betonten die Befürworter stets, dass diese ja befristet und deshalb volkswirtschaftlich gut verdaubar seien, so Wasserfallen. «Und nun ist das alles schon wieder vergessen. Das ist schlicht und einfach unredlich.»

Der Antrag der Kommission kommt nun in den Nationalrat, wo er aufgrund der klaren Mehrheitsverhältnisse unbestritten sein dürfte. Spannender wird es im Ständerat. Ob - und vor allem wann - in den Haushalten kein Atomstrom mehr aus den Steckdosen fliesst, ist also noch offen. Ursprünglich war geplant, das Gesetz per 2018 in Kraft zu setzen. «Angesichts des grossen Pflöckes, den wir gestern eingeschlagen haben, scheint mir das aber nicht realistisch», so CVP-Mann Müller-Altermatt.



Erhalten Schweizer Haushalte nur noch Wasserkraft?

ARND WIEGMANN/REUTERS